

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
 Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
 Fernsprecher: Amt Lühow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich **Freitags-Bezugpreis**
 vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
 (nebst 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

Ein Programm des Reichswirtschaftsministeriums.

Ueber das Programm des Reichswirtschaftsministeriums machte Unterstaatssekretär Professor Girich in Ergänzung zu der Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt folgende Ausführungen:

„Die deutsche Wirtschaftslage wird im Ausland sowohl wie im Inland vielfach noch falsch beurteilt. Nach jähem Abstieg im ersten Halbjahr 1919 steht die deutsche Volkswirtschaft im Zeichen einer Besserung. Die Arbeitsintensität in der Kohlenproduktion und Warenexport, soweit letztere sich amtlich beurteilen läßt, steuert sich trotz aller Hemmungen von Monat zu Monat. Der Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung wäre sicherlich noch viel weiter vorgeschritten, wenn es schon gelungen wäre, das Loch im Westen, das das gegenwärtige Reichswirtschaftsministerium bei seiner Amtsübernahme weitläufig vorfand, zu stopfen und Rohstoffkredite in ausreichendem Maße zu erhalten.“

Im Binnenlande wird nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung vielfach noch von irrigen Gesichtspunkten beurteilt. Eine vollkommen planlose Freiheit für alle wirtschaftlichen Kräfte ist weder beabsichtigt noch möglich. Die Reichsregierung verfolgt nicht die Planwirtschaft, nicht die planlose, sondern eine planmäßige Wirtschaft nach den Erfordernissen der neuesten Wirtschaftsentwicklung. Diese aber macht ein Arbeiten nach irgendwelchen starren Richtlinien unmöglich, wenn sie auch schon Anlässe zu organisatorischer Weiterentwicklung deutlich hervorbringt. In die Entwicklungsrichtungen der inneren Wirtschaft bringen die neuen Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Verschiebung des Marktverhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, neue Tendenzen. So zeitigt die veränderte Arbeitsmarktlage eine deutliche Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe. Dezentralisierende Tendenzen ziehen auch die bekannten Verbreiterstörungen nach sich. Diese neuen Entwicklungsrichtungen machen es unmöglich, die industrielle und gewerbliche Tätigkeit in feste oder gar schematische Formen zu bringen. Die Zusammenfassung der Industrie muß sich aus den praktischen Not-

wendigkeiten ergeben und darf nicht künstlich geschaffen werden. Es ist auch nicht mehr nötig, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzubringen. Die Arbeitsgemeinschaften verstärken. Was uns not tut, ist Verbrauchersozialismus. Der letzte Verbraucher kommt bei der Selbstverwaltung der Industrie gar zu oft zu kurz. Ihn muß und kann die Regierung bei dauernd schlecht beschickten Märkten zu schützen suchen. Es wird vielfach beobachtet, daß Arbeiter Lohnforderungen stellen und den Unternehmern versprechen, eine Preiserhöhung herauszuholen, die die Lohnerhöhungen reichlich wettmachen. Dabei leidet immer der letzte Verbraucher. Wo Angebot und Nachfrage sich annähernd die Wage halten oder wo die staatliche Macht nicht mehr stark genug war, um die Bewirtschaftung durchzuführen, mußte man von der Zwangswirtschaft abgehen. Die Vorgänge haben aber deutlich gezeigt, daß eine vorsichtige Ueberleitung in freiere Formen des Wirtschaftslebens bei jedem Abbau der Zwangswirtschaft erforderlich ist.

Proletarierjohn.

Wie ein junger Baum seinen Wipfel hebt
 und Wurzeln schlägt und tiefer gräbt
 und Zweige und Äste entfaltet
 und Blätter trägt und Blüten treibt
 und auch die Frucht nicht schuldig bleibt
 und mehr und mehr sich gestaltet
 bei Sonne und Regen und Ungemach,
 bis endlich sein üppiges Blätterdach
 den erquickenden Schatten breitet
 und Wind und Wetter vorüberbrauft,
 wo der Vogel sicher geborgen haust,
 und der Hirt seine Herde weidet,

so der Sohn der Arbeit gebelbt und strebt,
 in dessen Adern der Wille lebt,
 aus der eigenen Kraft zu bauen,
 auf eigenen Füßen fest zu stehen,
 der Sonne hoffend entgegenzueh'n,
 stets dem eigenen Arm zu vertrauen,
 trotz Not und Leid und Streit und Schmerz
 sich doch bewahren ein starkes Herz,
 und sein besseres Selbst nicht verlieren,
 stets wader vorwärts und aufwärts geh'n;
 ja! der Kampf weicht das Leben würdig und schön,
 das Feuer des Sieges zu schüren!

Walter Sturm.

wirkung der Arbeiterschaft gewonnen. Zugleich mit der zentralen Preisbildung muß auch eine mehr zentrale Regelung der Lohnentwicklung angestrebt werden.

Zur Steigerung der Arbeitswilligkeit und Arbeitsleistung muß unter Fortführung der bisherigen Politik des Reichswirtschaftsministeriums alles geübt werden, um eine möglichst verbesserte Ernährung sicherzustellen.

Die weniger scharfe Ausmahlung des Brotmehles ist ein weiterer, durch Gesundheitsrückichten unbedingt gebotener Schritt auf diesem Wege. Die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel, obwohl vielleicht nicht ganz unbedenklich, werden vom Auslande nachgeahmt. Wichtiger werden die

Die Weltgeber der Pogromhebe: Schwerindustrielle und Großagrarier. Nun ist's raus, was man schon längst vermutet hat; Die alldeutschen Kriegsgeber und Arbeiterfeinde aus dem schwerindustriellen Lager und die unpreussischen Ostelber bezahlen den Antisemitismus! Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist an die gesamten Großindustriellen ein Schreiben ergangen, worin ein jeder zum Zahlen aufgefordert — nein, lieber jedem gleich eine bestimmte Summe vorgeschrieben wurde, die er für die Judenbekämpfung kleben mußte. So hat man einen — und das ist bekanntgeworden — gleich mit 9000 Mk. für die Pogromhebe eingeschätzt! Man kann sich denken, welche gewaltigen Summen diese Herren mit dem großen Portemonnaie aufgebracht haben. Zu dieser würdigen Gemeinschaft gesellen sich die grundbesitzenden Herren aus Ost- und Westelbien! 60 000 Mk. — in Worten: sechzigtausend Mark —, so berichtet das „Berliner Tageblatt“, hat eine dieser Staatsstücken sofort für die antisemitische „Aufklärung“ auf den Tisch gelegt, und die anderen werden nicht weniger „geblutet“ haben! Die Arbeiter merken den Vrat. Wenn die Herren von Nr. und Palm, die für Arbeiterwohl und für öffentliche Zwecke stets den Knopf ans Portemonnaie drücken, auf einmal mit Zehntausenden werfen, dann muß schon Großes auf dem Spiel stehen, und so ist es in der Tat. Die Revolution soll niedergetrampelt werden, und dann soll ein „Herr von Gottesgnaden“ das Geschick der Schlot- und Krantbarone und der Wahlrechtsräuber wieder besorgen. Dafür ist die Judenhebe das bequemste Mittel zum Zweck. Königlich Unrube, möglichst Vagrome, durch die die Regierung an den Pranger gestellt wird, und dann nehmen wir Alldeutschen und Reaktionsäre in dem Trübel das monarchistische Heft in die Hände! Die deutschen Arbeiter sind nicht dumm genug, sich von so plumpen Trabzißern beizupeln zu lassen!

Ludendorff gibt nichts. Jama hätte von dem „Saisardent des Weltkriegs“ behauptet, daß er beabsichtige, den Ertrag seiner „Erinnerungen“, der auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt wird, den Kriegswaldden zu überweisen. Das war ein Verstum! Der Ludendorff dementiert. Er gibt nichts. Die „Deutsche Tageszeitung“, die ihre Pappschneiderei kennt, hat vorsichtshalber angerufen und kann feststellen, daß die erste Meldung jeder Tatsächlichkeit entbehrt. Ueberhaupt eine unverschämte Zinnmütze. Wer nicht weiß, was Herr Ludendorff für die Kriegsgötter schon getan hat, der lese auf Seite 370 seiner „Kriegserinnerungen“ nach:

Die Ludendorff-Spende brachte weit über 150 Millionen Mark. In der Revolution erhielt die Spende den Namen „Volkspende“. War es . . . der ersten Regierung der Republik nicht recht, daß mein Name mit einer Wohltätigkeitsveranbarung verbunden blieb, die gerade meines Namens halber so viel gebracht hatte . . .

Herr Ludendorff hat recht. Nicht um der Krüppel, sondern um „seines Namens willen“ gab die Witwe, die ihren einzigen Sohn verloren hatte, den letzten Pfortelgröschchen, der ihr im Namen Ludendorffs abverlangt wurde. Und Ludendorff gab seinen Namen. Das ist gerecht und genug. Dabei bleibt es. Paulchen im „Vorwärts“ richtet deshalb folgenden Saug an Ludendorff:

Bei La Poste und an der Weichsel
 Feat id for Jhren Ordensherrn.
 In Fred und Sped — id tat es fern.
 Dator hat heute mit der Treist!
 ;: Herr Ludendorff, wie id mit freue,
 Det id jehört, et jekt Sie jut!
 Rümüt! „Was man aus Liebe tut.“
 O alte Kameradentreue! ;: ;:
 ;: Herr Ludendorff, wie id mit freue,
 Det id jehört, et jekt Sie jut!
 Rümüt! „Was man aus Liebe tut.“
 O alte Kameradentreue! ;: ;:
 ;: Höre da die Zeitung schreibten,
 Von wille Millionen wat.
 Et is so schein, wenn man wat hat.
 Wat wird wohl für uns übrig bleiden?
 ;: Herr Ludendorff, wie id mit freue,
 Det id jehört, et jekt Sie jut!
 Rümüt! „Was man aus Liebe tut.“
 O alte Kameradentreue! ;: ;:

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

„Die Weichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 33. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben: „Der Kampf um die Jugend.“ Karl Diesel: „Revolution des Geistes.“ Wilhelm Blas wird anlässlich seines 70. Geburtstages durch eine Betrachtung seines inhaltreichen Lebens geehrt. Das Heftchen bringt die Fortsetzung der historischen Artikelreihe: „Krankegehaltes des 19. Jahrhunderts.“ Außerdem enthält diese Nummer auch die Beilage: „Die Frau und ihr Haus.“

„Arbeiter Jugend“ Nr. 20: Die Bildung — die Kampf. Von Jürgen Brand. Die erste Verlobte der deutschen Arbeiterbewegung. Von A. Conrad. Abenteuer in Ungarn. Von G. Bismann. Fanni Lehmann: Dorfkultur (mit Abbildungen) usw.

„Der wahre Jakob“ Nr. 21 enthält folgendes: Bilder: Das Resultat des Friedensschlusses mit Deutschland und Oesterreich, Von der Börse,

Der russische Diktator, Pälow, Ludendorff und Hefferich führen Ad, Festliche Ereignis, Der praktische Amerikaner, Weltner Leben, Auswanderungstrieb. Text: Der neue Jernbus. Von P. C., Den Kriegsgefangenen. Von Walter Vahr, Die Kohle, Das Märchen vom Hugen Godel. Von L., Die Schuld am Kriege. Von r. b. j., Ueber Jakob! Von Joubilf Kaufe, Auf Druckposten. Erzählung aus der „großen Zeit“ von Ferd. Wabinger, Die Macht der Gewohnheit, Von G., Die Truschbrämie. Von L., Aus der vierten Dimension. Von P. Kiedel, Zoologie. Von Karichen, Aus der Schule. — usw. usw. Der Preis der Nummer ist 20 Pf.

„Freie Jugend“ von Gg. Engelbert Graf. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW. 6. Der Preis für die 32 Seiten starke Broschüre beträgt 60 Pf.

Taschentalender für 1920 der U. S. P. D. 126 Seiten, Preis 2 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW. 6.

Was ist Klassenkampf? Diese Frage beantwortet in eingehenden Darlegungen in der „Neuen Zeit“ der jetzige österreichische Staatsanwält Genosse Karl Renner. Die Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, hat diese zeitgemäße Abhandlungen als Broschüre herausgegeben. Ueber die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, informiert das Inhaltsverzeichnis, dessen Kapitelüberschriften wir nennen: „Vorbemerkungen über die Natur des Klassenkampfes.“ 1. Der unmittelbare oder ökonomische Klassenkampf: 1. gegen das Industrietkapital, 2. gegen das Handelskapital, 3. gegen das Zinskapital, 4. gegen das Grundbesitzkapital, 5. der ökonomische Gesamtkampf. 11. Der politische Klassenkampf: 1. der politische ökonomische Kampf, 2. der rein politische Kampf. 111. Das Zusammenwirken der ökonomischen und politischen Aktion. (Preis 1 Mk.)

„Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten“ von Heinrich Ströbel. 65 Seiten. Preis 2 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin.

Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus. Eine kritische Untersuchung der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Von Friedrich Zampfer. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Zinger e. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Preis 1 Mk.

Filiale Bromberg

sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Ortsbeamten.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein, die deutsche und polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen, in schriftlichen Arbeiten gewandt, zur freien Rede fähig und mit Vorkenntnissen vertraut sein. Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Abhandlung über Arbeiten eines Gewerkschaftsbeamten beizulegen. Bewerbungsschreiben sind bis spätestens 25. Oktober einzureichen an O. Schöft, Bromberg-Bleichfelde, Poststraße 4.

Colenliste des Verbandes.

Georg Birkelbach, Nürnberg Lagerplatzarbeiter + 20. 9. 1919, 67 Jahre alt.	Wilhelm Neumann, Magdeburg Arbeiter + 2. 10. 1919, 67 Jahre alt.
Christian Brandtetter, Eßlingen Gasarbeiter + 28. 9. 1919, 74 Jahre alt.	Heinrich Ohde, Gültrow i. M. Arbeiter + 2. 10. 1919, 67 Jahre alt.
Konrad Brinkmann, Hamburg Schmiederei + 20. 9. 1919, 68 Jahre alt.	Rosalie Otto, Charlottenburg + 3. 10. 1919, 69 Jahre alt.
Friedrich Dittche, Fürstenwalde Bauamt + 71 Jahre alt.	Wilhelm Riedel, Breslau Schneider + 5. 10. 1919, 65 Jahre alt.
Gustav Fürstenberg, Cüstrin Zuckereimer + 6. 9. 1919, 45 Jahre alt.	Hinrich Rütger, Hamburg Zucker + 22. 9. 1919, 44 Jahre alt.
Franz Hochwarth, München Gasarbeiter + 4. 10. 1919, 37 Jahre alt.	Thomas Schäfer, Würzburg Arbeiter + 27. 9. 1919, 60 Jahre alt.
Ernst Kirßen, Altenburg Stranzenfleger + 27. 9. 1919, 20 Jahre alt.	August Schlöbitz, Breslau Arbeiter + 28. 9. 1919, 61 Jahre alt.
Heinrich Kittelmann, Berlin + 8. 10. 1919, 64 Jahre alt.	Ernst Springefeld, München Gasarbeiter + 4. 10. 1919, 74 Jahre alt.
Anna Klöckner, Köln Nähmaschinen + 32 Jahre alt.	Karl Straube, Apolda Zuckerarbeiter + 31. 9. 1919, 51 Jahre alt.
Johann Mausbach, Köln Anstaltler + 38 Jahre alt.	Emil Wächter, Frankfurt a. M. Einfeller + 18. 9. 1919, 36 Jahre alt.
Karl Mandler, Eisleben Zuckerarbeiter + 20. 9. 1919.	Josef Wienand, Köln Kontier + 29 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Beilage: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Bismann, Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SW. 67, Unterfeldstr. 24
 Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Zinger & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57 Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer) Fernsprecher: Amt S. 27 46
 Staats- und Gemeindebetriebe Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk. sollen Musterbetriebe sein! (erbt 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätsmarie“)

Ein Programm des Reichswirtschaftsministeriums.

Ueber das Programm des Reichswirtschaftsministeriums machte Unterstaatssekretär Professor Hirsch in Ergänzung zu der Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt folgende Ausführungen:

„Die deutsche Wirtschaftslage wird im Ausland sowohl wie im Inland vielfach noch falsch beurteilt. Nach jähem Abstieg im ersten Halbjahr 1919 steht die deutsche Volkswirtschaft im Zeichen einer Besserung. Die Arbeitsintensität in der Kohlenproduktion und Warenexport, soweit letztere sich amtlich beurteilen läßt, steigert sich trotz aller Hemmungen von Monat zu Monat. Der Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung wäre sicherlich noch viel weiter vorgeschritten, wenn es schon gelungen wäre, das Loch im Westen, das das gegenwärtige Reichswirtschaftsministerium bei seiner Amtübernahme weitfliegend vorfand, zu stopfen und Rohstoffkredite in ausreichendem Maße zu erhalten.“

Im Binnenlande wird nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung vielfach noch von irrigen Gesichtspunkten beurteilt. Eine vollkommen planlose Arbeit für alle wirtschaftlichen Kräfte ist weder beabsichtigt noch möglich. Die Reichsregierung verfolgt nicht die Planwirtschaft, nicht die planlose, sondern eine planmäßige Wirtschaft nach den Erfordernissen der neuen Wirtschaftsentwicklung. Diese aber macht ein Arbeiten nach irgendwelchen varen Mittellinien unmöglich, wenn sie auch schon Ansätze zu organisatorischer Weiterentwicklung deutlich hervorbringt. In die Entwicklungsrichtungen der inneren Wirtschaft bringen die neuen Erfindungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Verschiebung des Marktverhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, neue Tendenzen. So zeitigt die veränderte Arbeitsmarktlage eine deutliche Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe. Dezentralisierende Tendenzen ziehen auch die bekannten Verkehrsrichtungen nach sich. Diese neuen Entwicklungsrichtungen machen es unmöglich, die industrielle und gewerbliche Tätigkeit in feste oder gar schematische Formen zu bringen. Die Zusammenfassung der Industrie muß sich aus den praktischen Not-

wendigkeiten ergeben und darf nicht künstlich geschaffen werden. Es ist auch nicht mehr nötig, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzubringen. Die Arbeitsgemeinschaften erstarken. Was uns not tut, ist Verbrauchsozialismus. Der letzte Verbraucher kommt bei der Selbstverwaltung der Industrie gar zu oft zu kurz. Ihn muß und kann die Regierung bei dauernd schlecht beschickten Märkten zu schützen suchen. Es wird vielfach beobachtet, daß Arbeiter Lohnforderungen stellen und den Unternehmern versprechen, eine Preiserhöhung herauszubolen, die die Lohn-erhöhungen reichlich wettmachen. Dabei leidet immer der letzte Verbraucher. Wo Angebot und Nachfrage sich annähernd die Waage halten oder wo die staatliche Macht nicht mehr stark genug war, um die Bewirtschaftung durchzuführen, mußte man von der Zwangswirtschaft abgeben. Die Vorgänge haben aber deutlich gezeigt, daß eine vorsichtige Ueberleitung in freiere Formen des Wirtschaftslebens bei jedem Abbau der Zwangswirtschaft erforderlich ist.

Proletarierjohn.

Wie ein junger Baum seinen Wipfel hebt und Wurzeln schlägt und steifer grübt und Zweige und Äste entfaltet und Blätter trägt und Blüten treibt und auch die Frucht nicht schuldig bleibt und mehr und mehr sich gestaltet bei Sonne und Regen und Ungemach, bis endlich sein üppiges Blätterdach den erquidenden Schatten breitet und Wind und Wetter vorbeibraust, wo der Vogel sicher geborgen haust, und der Hirt seine Herde weidet,

so der Sohn der Arbeit gedeiht und strebt, in dessen Adern der Wille lebt, aus der eigenen Kraft zu bauen, auf eigenen Füßen fest zu stehen, der Sonne hoffend entgegenzusehn, stets dem eigenen Aim zu vertrauen, trotz Not und Leid und Streit und Schmerz sich doch bewahren ein starkes Herz und sein besseres Selbst nicht verlieren, stets wacker vorwärts und aufwärts gehn; ja! der Kampf weicht das Leben würdig und schön, das Feuer des Sieges zu schüren!

Walter Sturm.

Der Verbraucherjohn baut sich auf einer besseren Ueberwachung der Preisbildung und auf einer Vorforgopolitik für die mindestbemittelten Volksschichten auf. Das Preisprüfungsweien muß in enger Verbindung mit den Berufsvertretungen von Gewerbe und Handel weiterentwickelt werden, wobei auch die Preispolitik der Verbände durch eine zentrale Preisprüfung überwacht werden muß. Zur Bekämpfung des Schleichhandels wurde die Wirkung der Arbeiterschaft gewonnen. Zugleich mit der zentralen Preisbildung muß auch eine mehr zentrale Regelung der Lohnentwicklung angestrebt werden. Zur Steigerung der Arbeitswilligkeit und Arbeitsleistung muß unter Fortführung der bisherigen Politik des Reichswirtschaftsministeriums alles geschehen, um eine möglichst verbesserte Ernährung sicherzustellen.

Die weniger scharfe Ausmahlung des Brotmehles ist ein weiterer, durch Gesundheitsrückichten unbedingt gebotener Schritt auf diesem Wege. Die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel, obwohl vielleicht nicht ganz unbedenklich, werden vom Auslande nachgehmt. Wichtige werden die

organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung sein. Eine Förderung des Genossenschaftswesens wird der Warenverteilung zugute kommen; im übrigen sind Erleichterungen für den Binnenhandelsverkehr beabsichtigt, insbesondere die Freilassung von der Konzessionspflicht. Wo die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung nicht in zweckmäßiger Weise durchgeführt wird, muß gegebenenfalls Kommunalisierung oder Sozialisierung erfolgen.

Die Sozialisierung kann bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden. Sie kommt gegebenenfalls in Frage, wo wichtige Rohstoffe für die Allgemeinheit nutzbar zu machen sind, wo ein privates, tatsächliches Monopol den Übergang in Staats Hände erleichtert, wo sich Industrien dem notwendigen Umgruppieren nicht fügen wollen, oder wo ein Reichsmonopol für die Reichsfinanzen erwünscht ist. Die Sozialisierung ist so gedacht, daß der Besitz der Produktionsmittel vom Reich übernommen werden soll. Die sozialisierten Betriebe sollen jedoch eine freie Form erhalten, in der die Betriebsdemokratie richtig ausgebildet ist. Die leitenden Beamten sollen durch ihre Entlohnung am Betrieb interessiert werden.

Außerordentlich schwer lastet auf Deutschland die Brennstoffnot. Man hat vielleicht etwas lange das Stimmenverhältnis der Kohlenverbände und -räte erwogen, während die Kohle selber zu fehlen drohte. Auch hier fand der Reichswirtschaftsminister eine äußerst bedrohliche Situation vor. In letzter Zeit ist die Beschaffung von Petroleum in größerem

Umfange möglich gewesen. Bereits im nächsten Monat wird uns vier- bis fünfmal so viel Petroleum zur Verfügung stehen als zur gleichen Vorjahreszeit. Bis Ende Januar sind Abschlässe auf 140 000 Tonnen Petroleum und Benzin getätigt, worunter sich auch Heizöl und Benzin für Motoren befinden. Zur Steigerung der Kohlenförderung sind im Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium gemeinsam eine Reihe von Maßnahmen teils begonnen, teils in Aussicht genommen. So können im Braunkohlenbergbau bereits Produktionssteigerungen verzeichnet werden. Neue Felder sollen erschlossen werden. Im Steinkohlenbergbau ist die Heranziehung von Arbeitskräften und die Vereinfachung von Wohnungen das brennendste Problem. Für die erste Zeit ist ein Paradenbau organisiert worden, für später ist eine großzügige Aktion zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaues geplant.

Die Wirtschaftspolitik nach außen hin hat zur Vorbedingung die Wiedergewinnung sicherer Grenzen. Mit Rücksicht auf die Baluta wäre eine genaue Kontingentierung der Einfuhr erwünscht. Zum Teil legt sich jedoch bereits eine natürliche Kontingentierung infolge der beschränkten Kaufkraft Deutschlands durch. Wahrscheinlich werden wir in Zukunft eine Einfuhrpolitik der Industrieverbände betreiben müssen, da der Kredit des einzelnen nicht ausreicht. Zur Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der an der Durchführung der deutschen Wirtschaftspolitik tätigen Anteil nehmen soll, ist bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und geht demnächst den Bundesstaaten zu.

Die starken Männer von Bad Deynhausen

Die eigenartigen Verhältnisse von Bad Deynhausen haben es fertiggebracht, daß die Stadtverwaltung bis auf den heutigen Tag fast sozialdemokratisch gehalten ist. Ein einziger sozialdemokratischer Stadterordneter vertritt die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Es ist daher kein Wunder, daß Magistrat und Stadterordnetenkollegium noch genau dasselbe Spiel spielen wie vor der Revolution. Für diese Herren ist die Revolution nicht gewesen. Die Löhne der städtischen Arbeiter waren richtig Hungerlöhne. Eine Mark pro Stunde und nicht mehr wollte man den städtischen Arbeitern gewähren, weil die im Bade beschäftigten städtischen Arbeiter auch vom preussischen Staat mit diesen Hungerlöhnen abgespeist werden. (Auch da warten unsere Kollegen vergeblich auf die Teuerungsgesetze.)

Unsere Kollegen forderten nun von der Stadt für Handwerker 1,57 Mk. für Bootarbeiter 1,60 Mk. für Arbeiter 1,50 Mk. pro Stunde. Die Schreiber der Organisation glaubte man mit einigen niedrigen Worten abtun zu können. Als nun die Lohnfrage gar nicht verwirrt kam, rückte eines Tages ein Verbandsvertreter auf das Rathaus. Das war so etwas Unerhörtes in der Geschichte Deynhausens, daß der Magistrat von heftigen, vorder nicht gemachten Bewegungen betroffen wurde. Schnell wurden alle Türen geschlossen und dem Verbandsvertreter wurde erklärt, mit dem Verband haben wir nichts zu tun, wir verhandeln mit keinem Verbandsvertreter. Und vorzüglich setzte man nachher die Köpfe wieder aus den Türen, um sich zu verwahren, ob dieser unheimliche Mensch aus dem Rathaus verlassen hat, ohne Schaden anzurichten. Diese Angst vor dem Gewerkschaftsvertreter haben die Herren auch nicht verloren, nachdem sie gezwungen wurden, vor dem Schlichtungsausschuss mit dem Verbandsvertreter zu verhandeln. Daß in der fürchterlichen Angst meistens unüberlegte, oft recht dumme Handlungen begangen werden, ist erklärlich. Doch davon weiter unten.

Die Deputationserklärung zitterte nunmehr die Herren vor den Schlichtungsausschuss nach Minden. Stolz und Hochgefühl hatte der Magistrat eine solche Gabe und gleich dem Vertreter nach Minden entsandt. Selbstverständlich hatte man sich als Richter die Managieren ausgesucht, die nun dem Verbandsvertreter schon durch ihr selbstverworrenes Auftreten imponierten und ihn aus dem Felde schlagen wollten.

Zwei rücker alle drei Geschlechter mit ihren längst ausgedienten zerbröckelten Urnen: Der preussische Staat zahlt seinen Arbeitern höchsten Hungerlöhne und keiner wird es der Stadtverwaltung verargen, wenn sie nicht mehr geben will. Würden die höchsten Arbeiter höhere Löhne erhalten, kann auch die Stadtverwaltung mit Zufriedenungen und Würden den neuen preussischen

Staat vollständig zugrunde richten. Das ist eine Schraube ohne Ende und hier muß einmal dagegen angegangen werden. Aus diesen Anschuldigungen war zu entnehmen, daß die Herren bei der Stadtverwaltung in die Hände geirrt sind. Die Stadtverwaltung ist nicht über stark verdächtig, an diesem Stück mitgewirkt zu haben. Selbstverständlich mußte man die niedrigen Löhne damit, daß es alle inapide und nehmst recht harte Arbeiter sind, die mit dem Weien in den Straßen Deynhausens herumlungern und sich nur am Essen festhalten, damit sie nicht umfallen. Aber welche Enttäuschung mußte sich auf den Gesichtern der Magistratsvertreter ab, als der Schlichtungsausschuss verurteilt wurde. Der Schlichtungsausschuss war den Ausführungen des Verbandsvertreters gefolgt: Handwerker 1,57 Mk., Bootarbeiter 1,60 Mk. und Arbeiter 1,50 Mk. Der Verbandsvertreter protestierte aber gegen diesen Schlichtungsausschuss, während der Magistratsvertreter den Schlichtungsausschuss annahm. Vom Verbandsvertreter wurde darauf hingewiesen, daß nur 6 alte Leute in Deyhausen seien. Hierbei stellte ich heraus, daß die Unterlagen, die vom Magistrat zusammengestellt dem Schlichtungsausschuss unterbreitet wurden, nicht den Tatsachen entsprechen. Da waren nicht weniger als 7 Bootarbeiter aufgeführt, während in Wirklichkeit nur 3 vorhanden sind. Und, um es nicht schwerer bedanken, daß hier auch noch großer Unfug damit getrieben wird, 19 Arbeiter und 1 Arbeiterin sind beschäftigt. Wenn es davon 3 Bootarbeiter gibt, ist es noch rechtlich. Vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses wurde den Herren zu verstehen gegeben, daß, wenn man dem Schlichtungsausschuss Material als Unterlage gibt, dieser alles darin Enthaltene auch als der Wahrheit entsprechend ansetzt. Der ängstliche Blick der drei Herren und das Verlegenheitsgemaamel auf die Zurückweisung des Vorsitzenden hat gezeigt, daß dieser große Schmitzer nur durch die fürchterliche Angst entstanden ist, steht mit einem Verbandsvertreter zusammenzukommen und über Lohnfragen zu verhandeln.

Der neue gefällte Schlichtungsausschuss billigte nunmehr den Arbeitern die geforderten Löhne zu, nur die weichen alten Arbeiter behielten 1,20 Mk. Auch die Forderung, die Löhne vom 1. Juli ab nachzugeben, mußten die Magistratsvertreter annehmen. Die Herren in Münster setz auch die Gewährung von sozialpolitischen Einrichtungen anderer Städte fordern. Der Magistrat hat bewiesen, daß in Deyhausen Geld genug vorhanden ist. Die Delegation nach Minden hat keinen Verstand. Die Arbeiter werden aber gekannt haben, daß ohne Delegation der Erfolg nicht erzielt wäre. Darum erwünscht die Stadt, unabh. und mit aller Gewalt alle Preisunterwerfungen zu verhindern. Der Herr Magistrat legt die Waage.

Unser Mitgliederstand am 1. Oktober 1919.

Ueber 249000 Mitglieder.

Auf Grund des aus 447 Filialen eingegangenen Materials der Versand von Fragebogen und Berichtskarte erfolgte an 100 Filialen ergibt sich bezüglich der Weiterentwicklung folgendes:

Am 1. September registrierten wir 188 118 Kollegen und 11 723 Kolleginnen, insgesamt also 209 841 Verbandmitglieder. Im Monat September hatten sich diese Ziffern auf 194 763 Kollegen, 11 676 Kolleginnen, insgesamt 214 439 Mitglieder erhöht. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat ein Plus von 6645 Kollegen und 11 676 Kolleginnen, insgesamt 8528 Mitglieder. Wir können aber keine Übertreibung behaupten, daß wir am 1. Oktober 250 000 Mitglieder in der Organisation vereinigen, weil für 63 Filialen, die uns trotz Mahnung um Einbindung des Materials keine Rückmeldung gaben, die Mitgliederzahlen nach dem Stande vom 1. September angelegt sind.

Die Verteilung der Zunahme ist der Gau Groß-Berlin mit rund 2500, Hamburg und Düsseldorf mit je 1000 Mitglieder beteiligt. Der Gau Danzig erscheint mit denselben Ziffern wie im Vormonat, Magdeburg verzeichnet in diesem Monat ein Minus.

Vermindert gegenüber dem Vormonat hat sich erfreuenwerterweise die Zahl der Arbeitslosen, sie hat seit dem Monat März den niedrigsten Stand erreicht. Von 1104 Arbeitslosen im Monat Juli fiel die Zahl im August auf 930 und im September auf 811. Gegenüber dem Monat Juli also eine Senkung der Arbeitslosen-Ziffer um 300.

Wenig verändert haben sich für den Berichtsmonat die Zahlen der noch zum Heer eingezogenen Kollegen und der Familienangehörigen dieser Kollegen. Die bereits erfolgten Rücktransporte von Wehrangehörigen haben sich in diesen Ziffern immer noch nicht bemerkbar gemacht. Es sind noch gemeldet: 3200 Eingezogene, 1823 Frauen und 3203 Kinder.

Eine kleine Erhöhung haben die als auf Kosten der Hauptliste gemeldeten Unterstützungen gegenüber dem Vormonat erfahren. An Arbeitslose gelangen im August 3056 RM zur Auszahlung, im September 3434,25 RM. Die Krankenunterstützung betrug im Vormonat rund 20 000 RM, in diesem Monat über 21 000 RM. Als Sterbeunterstützung gelangen im August rund 6000 RM zur Auszahlung, im Berichtsmonat 5199 RM. Insgesamt betragen die Ausgaben im August 28 981 RM, für den Monat September 32 748 RM.

Wir werden vom nächsten Monat ab diese Statistik auf Grund der Arbeitslosenkarten in der „Gewerkschaft“ dauernd veröffentlicht. Damit findet die eigentliche „Arbeitsstatistik“ ihren Abdruck und wird in die Friedensstatistik übergeleitet. Besondere Fragebogen werden nicht mehr ausgesandt. Wir bitten aber erneut und dringend alle Filialleitungen um pünktliche Rücksendung zu den angegebenen Terminen. Die Karte ist frankiert aufzugeben.

Es wird auch in späterer Zeit der Niedergang unserer Organisation durch den Krieg wie auch die beispiellose Aufwärtsentwicklung seit der Revolution ein interessantes Kapitel unserer Verbandsgeschichte sein. Wir müssen nun unser Hauptaugenmerk darauf richten, daß die neugewonnenen Mitgliederzahlen uns dauernd erhalten bleiben. Dazu bedarf es planmäßiger gewerkschaftlicher Schulung an allen Orten. Mögen die Filialen diese Maßnahmen beherzigen und pünktlich die Arbeitslosenkarten dem Hauptverband einsenden.

Aufnahmetag	Mitgliederbestand	Neuaufnahmen	Abnahme	Summe Mitglieder	Angehörige der eingezogenen		Angehörige der Arbeitslosen	Angehörige der Familienangehörigen	Angehörige der Kinder	Angehörige der Arbeitslosen
					Frauen	Männer				
1. Juli 1914	54522	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15. August 1914	41952	—	—	10651	8517	18001	—	—	—	581
1. Oktober	37174	—	2771	14569	11508	22117	—	—	—	511
1. Januar 1915	34850	—	8609	16072	12494	24070	—	—	—	523
1. April	31881	—	3305	19296	14716	27893	—	—	—	201
1. Juli	29207	—	3345	21970	16703	32677	—	—	—	72
1. Oktober	27844	—	2834	24044	18137	36300	—	—	—	77
1. Januar 1916	26905	477	2513	25404	19294	37759	—	—	—	232
1. April	26600	927	1985	25337	19662	37714	—	—	—	158
1. Juli	27013	703	1116	26393	20008	38444	—	—	—	56
1. Oktober	26190	565	1025	27307	20845	40154	—	—	—	59
1. Januar 1917	25580	581	645	28291	21500	41543	—	—	—	131
1. April	26380	1381	723	28865	21847	42228	—	—	—	57
1. Juli	27498	1144	1872	28806	21634	42009	—	—	—	40
1. Oktober	30149	1699	4573	28946	21573	40801	—	—	—	25
1. Januar 1918	32923	1290	7392	28889	21320	40543	—	—	—	100
1. April	35197	1601	9522	28847	21414	40194	—	—	—	63
1. Juli	36433	1815	10558	28697	21153	39584	—	—	—	40
1. Oktober	39754	2206	13688	28456	20884	38731	—	—	—	37
1. November	40981	1772	14924	25550	20767	38464	—	—	—	32
1. Dezember	53896	9884	25934	26560	18873	36001	—	—	—	161
1. Januar 1919	86996	23435	50008	17335	12578	22206	—	—	—	385
1. Februar	117834	24718	73726	10418	6722	12962	—	—	—	763
1. März	148099	21698	101604	8027	4468	7441	—	—	—	1141
1. April	166153	20841	117508	5875	3469	6483	—	—	—	860
1. Mai	187734	18058	133212	5473	3307	5739	—	—	—	1055
1. Juni	202587	13540	149065	5341	3163	5450	—	—	—	1025
1. Juli	221844	20833	167324	4560	2813	5161	—	—	—	834
1. August	231933	11031	177411	3928	1985	4600	—	—	—	1104
1. September	239841	8729	187317	3241	1866	3634	—	—	—	930
1. Oktober	248439	12146	195901	3200	1823	3203	—	—	—	811

* Son hier ab Zunahme.

Gau	Schluß des H. Qu. 1914	Mitgliederzahl am 1. Oktober 1919				Mitglieder- und Abnahme	Summe eingezogene	Angehörige der eingezogenen		Im September 1919 auf Rollen der Hauptliste ausgegebene Unterstützungen						
		Summen	männlich	weiblich	Abnahme			Frauen	Männer	an Arbeitslose	an Kranke	in Sterbefällen	Gesamtsumme			
1 Berlin	9 619	40 001	28 705	11 296	30 382	695	341	692	613	—	4 945	—	1 119	50	6 677	50
2 Brandenburg	522	9 840	7 033	2 807	9 318	13	8	13	104	—	813	—	—	—	417	—
3 Bremen	2 670	6 228	5 456	572	5 558	25	5	7	65	25	689	25	140	—	894	50
4 Breslau	1 360	13 171	8 408	4 765	11 811	273	101	361	408	50	1 211	50	70	—	1 685	—
5 Danzig	143	4 376	3 349	1 027	4 233	20	2	4	—	—	46	25	—	—	46	25
6 Dresden	2 632	9 530	7 979	1 551	6 898	126	85	116	124	76	1 339	—	255	—	1 718	75
7 Düsseldorf	2 459	20 085	16 180	3 895	17 626	105	3	7	85	—	1 222	50	120	—	1 427	50
8 Erfurt	709	3 875	3 196	679	3 166	19	6	17	109	—	370	50	—	—	479	50
9 Frankfurt a. M.	3 109	20 152	16 569	3 583	17 043	310	60	173	180	—	2 061	75	365	—	2 586	75
10 Hamburg	7 075	22 092	17 896	4 196	15 017	820	650	1110	468	25	2 089	50	205	—	3 602	75
11 Hannover	1 171	12 732	9 890	2 842	11 561	13	6	13	368	—	52	50	55	—	476	50
12 Karlsruhe	705	6 444	5 664	780	5 649	33	6	16	30	—	542	75	82	—	654	75
13 Königsberg	1 019	6 580	4 997	1 583	5 561	83	76	—	6	—	406	25	—	—	412	25
14 Leipzig	3 301	14 202	11 101	3 101	10 901	230	203	247	194	—	1 317	50	490	—	1 861	50
15 Lübeck	1 590	7 914	6 159	1 755	6 318	151	42	88	143	50	891	96	45	—	1 050	16
16 Magdeburg	1 339	6 715	5 611	1 104	5 385	8	6	6	156	—	156	—	140	—	302	—
17 Mannheim	2 762	7 747	6 638	1 109	4 985	124	102	308	94	25	1 981	90	717	50	2 698	65
18 München	4 145	18 605	14 397	4 208	14 460	43	20	30	340	25	1 076	50	402	50	1 819	25
19 Nürnberg	2 627	8 286	7 054	1 232	5 659	57	7	16	146	—	1 067	—	592	50	1 805	50
20 Stuttgart	580	4 231	3 351	930	3 701	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21 Straßburg	1 909	—	—	—	1 909	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22 Stuttgart	2 677	5 346	4 762	584	2 669	62	34	96	60	50	1 512	—	470	—	2 042	50
23 Einzelmitglieder	812	237	160	77	75	—	—	—	12	—	22	50	—	—	34	50
Gesamt	54 522	248 439	194 763	53 676	195 991	3 200	1 823	3 203	3 434	25	24 114	81	5 199	—	32 748	06

* Abnahme.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Debatte über die Ledersteuerung in der Nationalversammlung. Die ungeheuer starke Preissteigerung für Leder und Schuhwaren hat dazu geführt, daß die sozialdemokratische Fraktion (S. P. D.) folgende Anträge in der Nationalversammlung einbrachte, über die am 13. und 14. Oktober verhandelt wurde:

„Die teilweise Aufhebung der Lederzwangswirtschaft hat zu einer unerhörten Preissteigerung, namentlich der Häute, des Leders und des Schuhwerks geführt. Was bedeutet der Herr Reichsfinanzler gegen diese Preissteigerungen zu tun?“

Nach Begründung der Anträge durch den Abg. Weder, Cypeln (Soz.) führte Reichswirtschaftsminister Schmidt u. a. folgendes aus: „Im Norden decken wir unseren Lederbedarf nur zu einem Teil aus inländischen Häuten und Häuten. 1913 betrug der Lederbedarf für die Schuhfabrikation 360.000 Tonnen, fast 1917 auf 214.000 Tonnen, 1918 auf 191.700 Tonnen. Daneben verminderte sich die Einfuhr fortgesetzt. Im Norden wurde unser Lederbedarf für die Schuhfabrikation zu ungefähr 50 Proz. aus dem Ausland gedeckt, im übrigen bis zu 90 Proz. Sie sank aber in der Folge auf ein Drittel. Selbst gleichmäßiger Verteilung wurde der Verbrauch eingespart. Als aber die Lederzweigungen auf 16 bis 20 Proz. des Friedensbedarfs sanken, wollte die Schuhwarenindustrie lieber zum freien Handel zurückkehren, als unter der Zwangswirtschaft so geringe Zusammenhänge erhalten. Sie vertrete noch diesen Standpunkt der Lederarbeitenden Industrie. Wenn zwei Drittel unseres Lederbedarfs vom Ausland bezogen werden müssen, dann ist unser Zuwendungsbedarf nur durch die freie Einfuhr von Häuten zu decken. Es galt entweder völlige Exzerration der Einfuhr bei Absaffung der Höchstpreise oder Freigabe der Einfuhr und somit größere Beschäftigung der Industrie. Von zwei Uebeln er schien mir das eine annehmbar. Die Produktion zu steigern bei größeren Einfuhrverboten. Die erwartete Produktionssteigerung ist eingetreten, die Einfuhr ist erheblich gesteigert. Leider haben wir jetzt auch mit dem Widerstand neuer Arbeiterkreise zu rechnen. Sie meinen, daß der freie Verkehr dauernden Vorteil für sie bringen wird. Sie übersehen aber den großen Schaden, der unserer Volkswirtschaft entsteht. Gegenwärtig haben wir zur Verfügung 51.000 Paar Ziegen für die minderbemittelte Bevölkerung. An Militärshuhwerk werden sich die wieder inländisch gefertigten Peltsände auf 50.000 Paar belaufen. An Leder haben uns 1.500.000 Kilogramm Nutzleder, 10.000 Quadratmeter verbleibenden Coarleders zur Verfügung. Nach der Auffassung der Regierung ist die Lederindustrie und der Lederhandel mit den Preisen weit über das Angenehme hinausgegangen. Die Interessenten scheinen zu verärgern, daß Preisfreiheit noch nicht Besserheiten bedeutet. Es ist auch eine unter Aufsicht gestellte Zwangsversteigerung vorgeschlagen, wo bei allzu hohen Preisen eingeschritten und eine Verteilung der vorhandenen Waren erfolgen soll. Aber auch das wäre höchst schwer durchzuführen. Die Kontrolle wäre sehr leicht zu umgehen. Die Verteilungen zu kontrollieren, gäbe es keine Möglichkeit. Nach allen bisherigen Erfahrungen empfiehlt es sich nicht, weder zur Zwangswirtschaft zurückzukehren. Wir müssen erst den Markt eine Zeitlang unter dieser Konjunktur stehen lassen und abwarten, ob ein größeres Angebot von Waren erfolgt. Ich bin für einen sehr bühnigen, aber doppelt vorzichtigen Abbau der Zwangswirtschaft. Wo es möglich ist, schließlich ohne Gefahr zur freien Wirtschaft zurückzuführen, will ich es tun, und so habe ich denn auch diese Anordnung getroffen. So unangehen die Entscheidungen auf dem Ledermarkt sind, wir werden abwarten müssen, ob eine Besserung der Marktlage eintritt. Davon, daß wir schließen, was die Zwangsorganisation zurückzuführen, verspreche ich mir nichts. Nachdem noch Redner aller Parteien gesprochen hatten, wurde beschließen, die Zwangswirtschaft für Wolle, Getreide, Milch, Fett und Fleisch erst dann aufzuheben, wenn die Versorgung des Volkes damit gesichert ist.

• Notizen für Gasarbeiter •

Verbot der Feuerung von Kohleer. Aus dem Steinkohleer, der bei der Verfeuerung der Kohle auf Koks und in den Gasanlagen anfällt, wird bekanntlich eine Reihe von hochwertigen Erzeugnissen gewonnen, von denen nur Amalg, Feerdeisleröl, Teerbenzol, Kautschuk usw. genannt sein mögen, und andere Erzeugnisse, die mit den schon genannten die Ausgasungsprodukte für die meisten, von den chemischen Industrien verarbeiteten hochwertigen Erzeugnisse sind. Auch das Koks, das als Bindemittel bei der Herstellung von Steinkohleerzeugnissen unbedingt erforderlich ist, wird auf diese Weise gewonnen. Infolge der Kohlennot wird immer mehr dazu übergegangen, Kohleer zu verwenden, anstatt diesen den Feerdeislerölen zuzuführen, die die genannten hochwertigen Erzeugnisse aus ihm einbringen, wobei die Abfälle zum Verfeuern, Straßenräumen, Tackelpflanzen etc. dienen können. Die Verfeuerung von Koh-

leer hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Feerdeislerölen zum Stillstand zu kommen drohen und infolgedessen außerordentlich wichtige Grundstoffe, namentlich für die chemische Industrie, nicht mehr hergestellt werden können. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich infolge dessen veranlaßt gesehen, durch eine Verordnung die Verfeuerung von Kohleer und die Verwendung zu anderen Zwecken als zur Weiterverarbeitung in Feerdeislerölen zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Ausnahmen können auf Antrag vom Reichswirtschaftsministerium zugelassen werden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

• Aus unserer Bewegung •

Landesversammlung sächsischer Gemeindegewerkschafter. Im Dresdener Volkshaus wurde am 21. September 1919 eine von den Genossen Leipzig und Dresden einberufene Landesversammlung abgehalten, die den Hauptzweck hatte, zu der Gewählung einer wirtschaftlichen Beihilfe für die sächsischen Gemeindegewerkschafter Stellung zu nehmen. Vertreten waren 57 Jütalen mit 69 Delegierten. Als Tagesordnung wurde festgelegt: 1. Stellungnahme zur Gewählung einer Wirtschaftsumme an die sächsischen Arbeiter. 2. Ausprache über den Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeindegewerkschafter. 3. Wie stellen wir uns zur Organisierung der inaktiven Waldarbeiter? — Gausleiter Preißler ging auf die Notwendigkeit der Gewählung einer wirtschaftlichen Beihilfe ein. Wenn das Reich den Beamten eine Summe von 1000 bzw. 800 Mk. bewilligt oder bereits in Aussicht stellt, werden sich die Gemeinden dem gleichen Verlangen der inaktiven Arbeiter nicht verweigern können. Von unseren Jütalen sind Anträge gestellt worden, die Arbeiterität den Beamten gleichzustellen. Die Städte und Gemeinden sind in dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeindegewerkschafter größtenteils vertreten. Dieser Umstand erfordert ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterität. Diefem soll die heutige Konferenz entsprechen. Terminsfragen haben hier einen weiteren Nachschuß, da ein Schluß in Frage kommt und die jetzigen Kollegen, die an diesem Tage noch nicht gearbeitet haben, leer ausgehen. Das muß beirrigt werden. Redner schlug vor, eine wöchentliche Monatszahlung vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 zu verlangen. Die Tariffrage, die teilweise als zu niedrig betrachtet werden, erfahren sonach eine ganz beträchtliche Steigerung und auch den kleineren Gemeinden wurde dadurch die Möglichkeit in die Hand gegeben, mitzukommen. In der Debatte sprachen sich mehrere Kollegen gegen und für den Vorstoß des Kollegen Preißler aus. Teilweise war man mit der Ansicht des Kollegen einverstanden, dem eine Teilung nicht zweckentsprechend erschien, da die Arbeiterität zur Aufkündigung von Tarifverträgen eine größere Summe benötige. Kollege Wachs sprach sich für eine Teilung der Beschäftigungsbeihilfe aus. Er schlug eine rückwirkende Zahlung vom 1. September 1919 bis 31. März 1920 vor, wonach der Arbeiterität als zum vollständigen Abschluß der Verhandlungen ein größerer einmühtiger Vertrag geschloffen würde. In der weiteren Debatte wurde auch für eine Erhöhung der Tariflöhne ernstlich und die Beihilfe verworfen. In jenem Schlußwort leitete Kollege Preißler die unbedingte Einbeziehung des Tarifvertrages, auch die Gemeinden seien durch die Gründung des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeindegewerkschafter gebunden, wie auch die Kollegenität sich mehr an die Organisationsleitung halten müßte. Wird dem entgegengehandelt, kann es leicht vorkommen, daß wir das ganze Tarifwesen gefährden und von nie mehr mehr ernst genommen werden. In der Abstimmung wurde mit überreicher Mehrheit der Antrag des Kollegen Preißler mit dem Antrag des Kollegen Wachs angenommen, sonach wird vom Arbeitgeberverband sächsischer Gemeindegewerkschafter verlangt:

1. Alle in den gemeindlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter erhalten grundsätzlich die gleiche Summe der Beschäftigungsbeihilfe, die den gemeindlichen Beamten nach dem Vergange beim Reich und dem Staat gewährt wird.

2. Diese Summe ist in wöchentlichen Raten rückwirkend ab 1. September 1919 bis zum 31. März 1920 neben den tariflich festgesetzten Löhnen zu drinnen.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung referierte Kollege Buchelt. Er kam auf die Entschloßung des Tarifvertrages sowie auf die einzelnen Paragraphen zu sprechen. Des weitern widerlegte er die von mehreren Jütalen an den Hauptvorstand gegen ihn gerichteten Vorwürfen, nach welchen er die Interessen der Kollegenität nicht mehr genügend wahrte. Vertreter der dabei beteiligten Jütalen verstanden, ihre Vorwürfe gegen Buchelt zu begründen. Schließlich wurde man sich darüber einig, diese Angelegenheit nochmals unter Zuziehung des Hauptvorstandes in Leipzig zu besprechen. Kollege Sedemann, der Verbandsvorsitzende, war über die Beschlüsse sehr erfreut, da Kollege Buchelt als einer der besten und tüchtigsten Gausleiter im Hauptvorstand bekannt ist. Der obige beschlossene Satz wurde nach kritisiert. Andere Kollegen hobten die Vorteile hervor. Nicht allein der Organisationsleitung können Vorteile gemacht werden. Die Kollegen haben seitens der Ver-

trage ebenfalls zugestimmt. Ein Antrag, die Gauen Leipzig und Dresden zu vereinigen, um eine bessere intensive (Schlichtungsfähigkeit zu ermöglichen, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Weiter findet ein solcher einstimmige Annahme, wonach eine Landeskonferenz vor Abbruch neuer Tarifverhandlungen einberufen werden soll, um dazu Stellung zu nehmen. — Zum dritten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Schuchardt, Leipzig das Wort. Dem Vandalenarbeiterverband sei es nicht mehr möglich gewesen, die Interessen der Waldarbeiter zu vertreten, deshalb hat er sich aufgelöst, für sie tätig zu sein, um so mehr die Waldarbeiter heute noch unter ganz ungünstigen Verhältnissen arbeiten. Ergänzend bemerkt Kollege Buschelt dazu, daß wir die Forderungen der Waldarbeiter, solange sie noch bei uns organisiert sind, vertreten müssen, aber uns mit dem Vandalenarbeiterverband bereits der am Montag stattfindenden Verhandlungen beim Ministerium und unternehmen setzen würden. Kollege Hochmann sprach sich gegen die Organisation der Waldarbeiter in unserem Verbande aus, um Grenzstreitigkeiten auf jeden Fall zu vermeiden. Nachdem wir aber bereits solche als Mitglieder hatten, seien wir verpflichtet, sie jetzt zu vertreten. — Am Schlußwort betonte Kollege Heider, Dresden, daß diese Tagung eine große Arbeit für die Gemeindearbeiter Sachsen gemeinlich hat, die Ergebnisse werden weit über die Landesgrenze hinaus wirken. Der Organisation ist ein weiterer Anstoß zu intensiver Arbeit gegeben worden.

Berlin. Die Abstimmung über den Schiedspruch des Zentralausschusses ergab nachstehendes Resultat: Auserwählte Stimmen 27/908, für Annahme des Schiedspruches 21833 für Arbeitsmedien 229, unangültig 146 Stimmen. Der Schiedspruch ist demnach angenommen. Nachdem der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung ihrerseits ebenfalls zugestimmt haben, hat der Schiedspruch Geltung erlangt. Die neuen Löhne gelten ab 1. Oktober 1919.

Berlin. Unseren Mitgliedern geben wir Kenntnis von nachstehendem Schreiben der Ortsverwaltung an den Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission:

18. Oktober 1919. Werte Genossen! Wie wir erfahren, hat in der Sitzung der Rätekommission und des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission, die am Spätabend des 17. Oktober d. J. stattfand, der Genosse Ruch und auch andere Mitglieder der Rätekommission gegen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bzw. gegen dessen Mitglieder den Vorwurf des Streikbruchs erhoben. Diesen Vorwurf weisen wir entschieden zurück. Die Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes haben im Kampfe der Metallarbeiter und in dem sich anschließenden Streik der Elektricitätsarbeiter den Beschlüssen der Rätekommission und des Gewerkschaftsausschusses sofort in vollem Umfang Rechnung getragen.

Am 16. Oktober mittags hatte der Bevollmächtigte der Verwaltung Berlin, Genosse Polenske, vom Genossen Plumenthal die Mitteilung vom Beschlusse der Rätekommission und des Ausschusses erhalten, daß das Personal der Elektricitätswerke rechtlich aus den Betrieben herauszutreiben sei. Auf Grund dieser Mitteilung haben wir Beratung genommen, in den von unseren Mitgliedern besetzten Betrieben sofort das Nötigste zu veranlassen. Das Elektricitätswerk Charlottenburg, in dem nur Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt sind, ist auf Beschluß einer Versammlung am selben Tage nachmittags 4 Uhr stillgelegt worden. Unsere Mitglieder sind restlos aus dem Betriebe herausgegangen und haben keinen einzigen Streikbrecher geschickt. In den Elektricitätswerken Rixdorf und Lichtberg, in denen wir eine große Anzahl von unseren Mitgliedern haben, ist die Arbeit von unseren Mitgliedern restlos niedergelegt und sind die Betriebe stillgelegt worden.

An unsere Mitglieder in den Berliner Elektricitätswerken ist von uns die Aufforderung ergangen, sich den Beschlüssen zu fügen.

Zu unserem Bedauern mußten wir feststellen, daß die in den Betrieben der Berliner Elektricitätswerke maßgebende Organisation, der Verband der Räteämter und Heizer, nicht in der Lage war, seine Mitglieder zu veranlassen, dem Streikbeischluß Rechnung zu tragen. Wir stellen fest, daß unsere Mitglieder in den oben erwähnten Betrieben der Streikparole restlos gefolgt sind, daß aber die entscheidenden Berliner Betriebe, die fast ausschließlich von Mitgliedern der Verbände der Räteämter und Heizer und der Metallarbeiter besetzt sind, dem Beschlusse der Streikleitung zu einem erheblichen Teile nicht gefolgt sind. Wir stellen wiederum fest, daß noch am Freitag, den 17. Oktober, nachmittags, entscheidende Berliner Betriebe, wie Oberprece, Schreibmaschinenbau, durch Mitglieder des Verbandes der Räteämter und Heizer in Betrieb erhalten werden sind.

Der Genosse Ruch hat keine Ausbesserungen wider besseres Wissen gemacht. Der Genosse Polenske hat am Freitag, den 17. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, mit dem Genossen Ruch persönlich über die Lage gesprochen, so daß Genosse Ruch nicht im unklaren über die Situation sein konnte.

Wir erziehen um Stellungnahme des Ausschusses bzw. der Gewerkschaftskommission zu vorstehender Beschwerde." Nachstehende Bekanntmachung ging am 17. Oktober dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ zu:

Ueber die Kohabewegung der Gemeindearbeiter Groß-Berlins werden die widerstreitenden Berichte in der Presse verbreitet. Demgegenüber sei festgestellt: Die Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben den Schiedspruch des Zentralausschusses mit 21833 gegen 2229 Stimmen angenommen. Auch die Mitglieder der anderen Verbände haben in ihren Versammlungen dem Votum ihre Zustimmung gegeben. Streikketten aus dem Schiedspruch bestehen zurzeit nicht. Der Mantelstreik ist innerhalb des Verbandes Gegenstand von Beratungen und wird den städtischen Verwaltungen demnächst zugestellt. Zum Streik in der Metallindustrie verpflichten wir unsere Mitglieder auf die Beschlüsse der Rätekommission und der Gewerkschaftskommission.

Wir wenden uns nochmals an unsere Kollegen, dem Streik der Metallarbeiter ihre Sympathie auch dadurch zu beweisen, daß die Streikmarken von jedem Kollegen geliebt werden.

Cöln. Die Zentrale hielt am 12. Oktober ihre stark besuchte Vierteljahrsversammlung ab. Kollege Höllen gab den Geschäfts- und Massenbericht. Die Zahl der Mitglieder liegt auf 4411, der zahlenden Mitglieder zu 13 Wochen gerechnet auf 4308. Das letzte Vierteljahr war eines der bedeutendsten in der Kölner Gemeindearbeiterbewegung. Es brachte den erstmaligen Abschluß eines Tarifvertrages, an dessen Zustandekommen die Arbeiterseite in weitestem Maße beteiligt war. Welcher Unterschied gegenüber früher, wo die Stadtverwaltung das Lohn- und Arbeitsverhältnis einseitig und in engerer Abhängigkeit mit dem Unternehmertum festlegte. Nicht alle Wünsche konnten befriedigt werden. Besonders unzureichend sind die erst wenige Monate in den Betrieben beschäftigten Arbeiter, die die Staffelung der Löhne nach Dienstjahren und die Masseneinteilung verwerfen. Diesen Kollegen sei gesagt, daß unser Bestreben darauf gerichtet ist, die Löhne der städtischen Arbeiter mehr und mehr an die der Privatarbeiter heranzubringen. Die sozialen Fürsorgeeinrichtungen müssen von den Stadtverwaltungen nebenher gewährt werden, entsprechend unserem Grundgesetz: Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein. Bei der heutigen Konkurrenzwirtschaft in Staat und Gemeinde werden wir aber um dieses Ziel willen harte Kämpfe zu bestehen haben. Trotz des erst vor wenigen Wochen abgeschlossenen Tarifes haben wir neue Forderungen stellen müssen. Die Verbilligung der Lebenshaltung durch die Regierungsmassnahmen ist ausgeblieben, weshalb wir eine Wirtschaftspolitik entsprechend der den Beamten gezahlten Löhnen unserer Forderung hinaus, doch ist zu erwarten, daß eine aus den neuen Stadtverordnungen zusammengelebte provisorische Kommission der alle Parteien angehören, eine Lösung findet, damit in kürzester Zeit die städtischen Arbeiter Geld in die Hände bekommen. Auch für die der Zentrale angeschlossenen Arbeiter der um Köln liegenden kleineren Gemeinden haben wir entsprechende Betriebsausschüssen gefordert. Zwischen den Ausschüssen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde eine Interessengemeinschaft gebildet, deren erster Vorsitzender Kollege Hoffmann ist. Eine dankbare Aufgabe dieser Interessengemeinschaft wäre es, wenn sie dahin wirken würde, daß dem sich in der Verwaltung noch immer weit machenden reaktionären Beamtentum das Handwerk gelegt würde. Sie möge sich besonders den Leiter der Brückenbauverwaltung vorknüpfen, der es nicht nur fertig brachte, auf Grund einer an den Sozialen herbeigezogenen Regierungsverordnung ein paar Rückwärtsarbeiter in den Achtstunden tag vorzuenthalten, sondern auch den Mut besitzt, Arbeitern, die kaum wissen, wie sie ihr Leben fröhen sollen, wegen Kapitalien mit Geldstrafen von 750 M. zu belegen. Auch an den vereinigten Stadttheatern will man es anscheinend auf einen Konflikt ankommen lassen, sonst würde die Betriebsleitung nicht einen Antrag auf Bezahlung der Nachmittagsvorstellung einfach verdrängen lassen. Mäxheit muß endlich geschaffen werden, wozu die Disziplinärbeamten und Stadthoten gehören. Eine tarifliche Regelung der Löhne der in den kriegswirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist notwendig, um das bunte Turdewander zu beistigen. Die staatlichen Disziplinärbeamten fordern schon seit April eine Regelung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse. Wenn das Polizeipräsidium nicht in der Lage ist, selbständig zu handeln, soll es etwas Druck hinter die Pultaufträge im Ministerium setzen. Für die Arbeiterauschussmitglieder und Vertrauensleute haben wir zunächst eine Vortragsreihe eingeführt und Herrn Dr. Sommer als Vortragenden gewonnen. Die Ortsverwaltung wird auch für die Folge bemüht sein, weiteren Kreisen der Mitgliedschaft Gelegenheit zu geben, aktuelle Vorträge zu hören. Wir sind alles in allem ein Stück vorwärts gekommen. Es gilt jetzt, die Organisation weiter auszubauen, vor allen Dingen aber die Einheit in der Organisation zu wahren. Nur dann können wir allen an uns heranretenden Anforderungen gerecht werden. Die Aussprache ergab die Heberzustimmung mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung. Der von Hoffmann erstattete Bericht vom Verbands-

tage wurde debattelos entgegengenommen. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, die von der Stadtverwaltung die sofortige Auszahlung eines Teiles der geforderten Beihilfe verlangt. Die Not unter den hiesigen Arbeitern hat ihren Höhepunkt erreicht und ist unbedingte Hilfe sofort erforderlich.

Cöpenick. Die Generalversammlung am 10. Oktober nahm den Bericht des Vorstandes vom 1. Quartal entgegen. Neu angegliedert wurden unterer Altale III Glieder und die Provinzial Bauarbeiter. Der Mitgliederbestand ist 702, das Aktivvermögen beträgt 2302,50 Mk. Der am 7. Oktober gefällte Schwedenspruch wurde einstimmig angenommen. Es wurde noch die Gesellschaftsbibliothek beim Genossen Wähler in empfehlende Erinnerung gebracht.

Dresden. In der Quartalsversammlung am 9. Oktober 1919 gab Kollege Pfeiffer Bericht über die Verhandlungen des kürzlich abgelaufenen Verbandes. Neulich Derder legte die Gründe einer Erhöhung des Vorkaufpreises von 15 auf 20 Pf. ab 1. Januar 1920 eingehend dar. Hierfür erhielt er Beifall von der Kassenabteilung. Nach der Pfeiffer gab hierzu bekannt, daß der Arbeitgeberverband hiesiger Gemeinden seine Verhandlungen ablehnen werde, wenn nicht, was die Kommunalbeamten erhalten. Eine entsprechende Eingabe an die Volkstamm, auch den Staatsarbeitern die gleiche Behandlung zu gewähren, ist erfolgt. Dem Stabsbericht vom dritten Quartal gab Kollege Pflücker den Mitgliederzustand bekannt 755, so daß jetzt in Dresden 5964 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind, wovon 5197 Mitglieder ihrer Beiträge voll entrichten. Einer Entschliessung von 50046 Mark ist eine Ausgabe von 54911 Mark gegenüber. Nicht geringe Arbeit erfordert die Auszahlung von 30536 Mark Erwerbslosenunterstützung für die Stadt Dresden.

Oranienburg. Die hiesigen Arbeiter hatten an den Magistrat das Erindern gestellt, eine einmalige Anstellungsbekanntmachung zu erwirken, und zwar für Verheiratete 200 Mk., für Unverheiratete 150 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 50 Mk. Der Magistrat hand diesem Erindern zwar nicht direkt entgegen, aber er verfuhr mit allen Mitteln die Sache zu verzögern, aufeinander wollte er die Hebergabe an die Polen abwarten, um dann die Sache los zu sein. Kollege Müller und der Obmann des Arbeiterausschusses des Gaswerks, Kollege Adrion, protestierten energisch gegen diese Verhinderungsmaßnahme, mit dem Resultat, daß die Herren vom Magistrat, wenn auch kleineren Dergleichen sich zur Bewilligung unserer Forderungen bewegen mußten. Es muß hierbei anerkennend erwähnt werden, daß der Stadtrat, Stabschef sich für die Arbeiter bewandte hat. Um den Maßregeln zu entgehen, wurde Kollege Bruchinski als 2. Stellvertreter gewählt, und so der Vorliegende, Kollege Müller, Kraftbeizührer sich einige Entschlüsse aufzulegen muß, wurde zum 2. Vorsitzenden Kollege Adrion bestimmt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, in dieser für uns schweren Zeit ihre Pflicht dem Verbande gegenüber zu erfüllen, damit unsere Forderungen erfüllt und gelöst werden.

Dörbe. In einer kurz besetzten Versammlung am 23. September nahmen die hiesigen Arbeiter vom Kollegen Dorfmüller und den Bericht über den neu abgeschlossenen Tarifvertrag mit der Stadtverwaltung entgegen. Seine Ausführungen wiesen auf die schwierigsten Verhandlungen hin, die geführt worden sind, dies kam dabei, weil die hiesigen Arbeiter nicht einer Organisation angehören. In Dörbe sind die hiesigen Arbeiter organisiert in allen Verbänden, deshalb sei es kein Wunder, wenn die Stadtverwaltung den Arbeiterausschuss als unerwünscht betrachtet, wenn noch Richterliche herrschen und auf Grund des alten Lohnvertrages die Kollegen zu Lohz wegzukommen sind. Nur dann erst kann es anders werden, wenn die Kollegen zur Einsicht kommen und sich dort organisieren, wo sie ihre Interessen am besten vertreten finden. Denn trotz mit der Stadtverwaltung schließt nur der freie Gewerkschaftsverband ab, darum wird es höchste Zeit, um beim neuen Tarif besser zu verfahren und dem Arbeiterausschuss volles Mitbestimmungsrecht beim Eintreten der Arbeiter in die Lohngruppen und allen übrigen Angelegenheiten in Arbeitertagen zu sichern, daß die Arbeiter ihren Hebertritt erklären, damit der Arbeiterausschuss die Kollegen samt und sonders hinter sich hat; denn nur dann erst ist es dem Ausschuß möglich, energisch vorzugehen zum Nutzen aller Kollegen. Die anstehende Diskussion war sehr reg. Alle Redner bedauerten es, daß sie je vereinigt organisiert sind. Es wurde einstimmig beschlossen, geschlossen zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverband überzutreten. Am 3. Oktober wurde dann eine Anstalt gegründet, die bereits 107 Mitglieder zählt. Ein schöner Erfolg für unsere Organisation. Aufgabe eines jeden Kollegen ist es nun, häufig für den Verband zu arbeiten, bis alle hiesigen Arbeiter ihm angehören. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Fritz Vorbecker, Doctowan, zum 2. Vorsitzenden Kollege Johann Kamdowsky, Gasenhalt, zum 1. Kassier Kollege Friedrich Brinkmann, Gasenhalt, zum 1. Schriftführer Kollege Hugo Vorbecker, Tschbau, zu Unterkassierern die Kollegen Georg Siring, Siring und Kollege Rame gewählt. Die Rechnungen sind jede Woche vom Kassierer Brinkmann, Dörbe, Wellingshoferstr. 107, abzugeben.

Leipzig. Am 25. August 1919 hatten Vorbesprechungen aller bei der Stadt vorhandenen Ausschüsse der Beamten, Arbeiter und Angestellten stattgefunden. Nach einem Vortrage des Genossen Gutmanna, Verbandesbeamter des Zentralverbandes der Angestellten, über: „Ist ein gemeinschaftliches Zusammengehen aller Arbeitnehmer beim Rat der Stadt in wirtschaftlichen Fragen möglich und notwendig?“ und nach folgender kurzer Aussprache war eine Kommission gebildet worden, um in Verbindung mit den Organisationsvertretern der einzelnen Gruppen die Vorarbeiten für eine zu bildende Arbeitergemeinschaft zu leisten. Man einigte sich auf folgendes Tagesprogramm: 1. Das Mitbestimmungsrecht für alle Fragen, die die Arbeitnehmer betreffen, zu sichern. 2. Die Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitsmaßes. 3. Die Regelung der Lohn- und Arbeitslosenfrage. 4. Die Regelung der Heberfrage. 5. Soziale Fürsorge. 6. Ernährungs- und Wohnungsfrage. 7. Sicherung der von den Beamten erworbenen Rechte und Ermittlung der richtigen Beschäftigung mit den Reichs- und Staatsbeamten, hinsichtlich der Vorbildung, Besoldung und Arbeitsverhältnisse. Eine zweite, am 10. Oktober stattgefundene, kurz besetzte Versammlung der oben genannten Ausschüsse hat dann zu den anstehenden nächsten Verhandlungen genommen, welche nach schärfster Eingabe der Vertreter der Vorbesprechungen, was auf die Erwerbslosen und Heberangelegenheiten hin, die zu überwinden und zu überbrücken waren, beirathet Konstitutions- und Streitrecht und erläuterte die anstehenden Maßnahmen. Wenn jeder einzelne sich mit dem Gedanken vertraut mache, daß nur das solidarische und einheitliche Handeln aller Arbeitnehmer zum Ziele führen könne, dann wäre die Zukunft gesichert. Er kündigte die Stellung der Arbeiterkraft zur Arbeitsgemeinschaft und versprach, daß von dieser alles abhängen werde, um die Arbeitergemeinschaft zu einem brauchbaren Instrument für die Arbeitnehmer der Stadt Leipzig zu machen. Er schloß mit dem Entzagen die Arbeitergemeinschaft abzuschießen. Das zweite Motiv laut Herr Kasper, Verbandsobmann des hiesigen Arbeiterverbandes. Er behandelte die Arbeitergemeinschaft vom Standpunkte der Beamten aus. Diese habe sich erst über die Organisationen geäußert, und viele Anlaufschwierigkeiten sei noch notwendig, die alle Wachen sich als Arbeitnehmer fühlen würden. Es konnte kein vollständiges Bild geben, um die Organisation zu überblicken und die wirtschaftliche Lage zu verstehen, als gemeinsame Arbeit. Die Arbeitergemeinschaft werde hierfür geeignet sein, da sie in dieser Stellung nehmen könne, ohne ein Geringes zu bezugtragen oder zu beunruhigen. Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg und diesen Weg müsse man gemeinsam wandeln. Eine kurze Aussprache die sich angeschlossen, führte zu einstimmiger Annahme des Entzagen auf Gründung der Arbeitergemeinschaft.

Magdeburg. In der kurzbesetzten Altalerversammlung am 8. Oktober sprach Kollege Wachtendorf über: „Unsere Lohnbewegung“. Hierzu wurde nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, welche lautet: Die Organisationsleitung und die Arbeiter auszuwählen werden beauftragt, für eine Wirtschaftsbekanntmachung einzutreten, wenn sie sich in der Höhe wie für die Beamten bewegt. Es soll für alle Arbeiter möglichst gleichmäßig festgelegt werden. Auch sollen die niedrigeren Klassen des Lohnvertrages eine vollständige Erhöhung erfahren oder eine Erhöhung sämtlicher Lohnstufen vorgenommen werden, die aber nur organisierten Arbeitern zuzukommen soll. Den Bericht vom Verhandlungsgang gab Kollege Meißner. Eine Resolution wurde angenommen, die das Ausbleiben des Kollegen Wörtele aus dem Hauptverband bedauert.

Reine. In der Generalversammlung vom 11. Oktober erhaltete Kollege Deuer den Geschäftsbericht vom 3. Quartal. Die Abrechnung gab der Kollege Dörbe. Die Einnahme betrug 254,02 Mk., die Ausgabe 26,97 Mk., an den Vorstand schickte 756,92 Mk., bleibt ein Kontostand am Ende von 171,13 Mk. Der Mitgliederstand lag von 125 auf 140.

Nach monatlichen Verhandlungen ist mit dem Magistrat ein Tarif abgeschlossen worden, welcher sich in der Hauptsache mit den Bestimmungen des. Bezugsgruppen seien daraus folgende Bestimmungen: Arbeiter mit einfacher Dienst zu erhalten bei einer durch Unfall oder Krankheit eintretenden Erwerbsunfähigkeit den vollen Lohn unter Abzug der gesetzlichen Leistungen weiterbezahlt, und zwar bis zu zwei Jahren 6 Wochen, nach 2-3 Jahren 13, über 3 Jahre 20 Wochen. Ledige Arbeiter erhalten bei Krankenhausbehandlung ein Drittel des Lohnes. Urlaub wird gewährt nach einem Dienstjahre 3, nach 2 Jahren 6, nach 3 Jahren 10, nach 5 Dienstjahren 12 Werktage. Der Lohnstarif ist folgender: Facharbeiter über 20 Jahre 2 Mk., unter 20 Jahren 1,50 Mk. Die Stunde, ebenfalls Feinheiten der Gasmittel. Angelernte Arbeiter 1,50 Mk. die Stunde, ebenfalls Radfahrer und Decker. Arbeiter von 14-16 Jahren 0,90 Mk., 16-18 Jahren 1,20 Mk., 18-20 Jahren 1,40 Mk., über 20 Jahre 1,85 Mk. die Stunde. Arbeiterinnen von 14-16 Jahren 0,90 Mk., 16-18 Jahren 0,90 Mk., 18-20 Jahren 1 Mk., über 20 Jahre 1,20 Mk. die Stunde. Arbeiter erhalten 10 Pf. die Stunde mehr, für Heberstunden werden 30% Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 60% Proz. Zuschlag bezahlt. Der Tarif tritt am 1. April 1919 in Kraft und endet am 1. April

1920, gilt aber ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vorher gekündigt wird. Der Lohn tarif gilt von Monat zu Monat, falls er nicht gekündigt wird.

Münchingen. In einer stark besuchten Versammlung am 10. Oktober nahm die Kollegenschaft den Geschäftsbericht vom 3. Quartal und den Bericht vom Verbandstag entgegen. Nach langer Debatte wurde beschlossen, die Beiträge auf 1 Mk. für männliche und 65 Pf. für weibliche Mitglieder festzusetzen. Das Stimmverhältnis hat einen Heberüberschuss von 132,70 Mk. gebracht. Vom Vorstande wurde mitgeteilt, daß das gesamte Personal der Krankenkasse jetzt unserm Verbandsangehörig ist.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Ein Streit der holländischen Bureauhilfskräfte in Keulen brach am 13. Oktober aus, dem zwei Tage später ihre Kollegen in Berlin folgten. Sie verlangten mit den Gemeindeforderungen gleichgestellt zu werden, und zwar auf Grund des Schiedsspruches vom 7. Oktober. Eine Einigung kam nicht zustande. Der angerechnete Schlichtungsausschuß fällt am 10. Oktober folgenden Spruch:

- 1. Die Forderung der Betriebsbeiträge ist abgelehnt.
- 2. Jugendliche unter 18 Jahren erhalten zu ihren bisherigen Bezügen eine monatliche Gehaltssteigerung von 25 Mk.
- 3. Den männlichen und weiblichen Hilfskräften über 18 Jahre ist zu den im Schiedsspruch vom 30. April 1919 festgesetzten Gehältern ein Zuschlag von 100 Mk. monatlich zu geben. Die Entscheidung gilt für die Zeit bis zum 31. März 1920 rückwirkend ab 1. September 1919.

Mit diesem Spruch waren die Angestellten nicht zufrieden und bestanden den Dienst ein. In Keulen traten dann auch die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sowie der Arbeiter in den Comptahisiererei ein. Neue Verhandlungen im Rathaus von Berlin führten am 17. Oktober zu folgender Einigung:

Die große Deputation fordert die Bureauhilfskräfte auf, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Schiedssprüche vom 30. April und 10. Oktober dieses Jahres werden als zu Recht bestehend anerkannt. Der Magistrat wird ersucht, auf Grund dieser Schiedssprüche mit den Bureauhilfskräften sofort wegen Abbruch eines Tarifvertrages in Verhandlungen zu treten.

Die Einigung in Keulen erfolgte auf der Grundlage, daß der Schiedsspruch vom 11. Oktober als ein Provisorium angesehen wird, und daß die endgültige Regelung der Gehaltsfrage durch den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin erfolgt. Die holländische Verwaltung Keulen erklärte sich bereit, drei Streiktage zu bezahlen. Heber die eventuelle Verablung der übrigen zwei soll der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch fällen.

Die Arbeit ist in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Bemerkenswert ist noch, daß die Bureauhilfskräfte im Zentralverband der Angestellten organisiert sind.

• Internationale Rundschau •

England. Der Gewerkschaftsverband, der vom 8. bis 11. September in Glasgow tagte, bedauert einen starken Rückgang in diesem hochproduktiven Lande leidet die Arbeiterklasse stark unter dem Kriegseinfluss. Die Arbeiter drücken auch ein Monarchieverbot etwa so aus: „Der Monarch werde sich um die Frage denken, ob der Arbeiter oder die Kriegsgewinnler die Kriegskosten zu bezahlen haben.“ Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag des Eisenverbandes Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter, die „direkte Aktion“, d. h. den politischen Kampfweg als bestmögliches Kampfmittel anzuerkennen, und zwar als damit folgende drei politischen Forderungen des Eisenverbandes erklämpft werden: Verzicht der englischen Regierung auf die Intervention in Rußland; Freilassung der politischen Gefangenen, die aus Gewerkschaften den Kriegsdienst verweigert haben; Auflösung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Antrag wurde mit 2.500.000 gegen 1.500.000 Stimmen angenommen. Ebenfalls der Antrag des Eisenverbandes auf Verstaatlichung der Bergwerke, der Eisenbahnen und der Banken.

• Rundschau •

Die Gewerkschaftsfeste. In der Revolution hat die Gewerkschaftsbewegung einen nie geahnten Aufschwung genommen. Viele Tausende, die ihr erst fremd waren, haben jetzt in den Reihen der Kampforganisationen gefunden, und es ist ihre Pflicht, nun auch innerlich immer mehr hineinzutreten in den gewerkschaftlichen Geist. Viele von ihnen glauben, durch die Mitgliedschaft des gewerkschaftlichen Verbandes ein Leben gelebt zu sein. So groß und weit ist aber die gewerkschaftliche Welt, daß man sie niemals in ihrer ganzen geistigen Schönheit schauen kann. Immer wieder gehen wir uns neue Ziele, geistiger Wohlstand und seelisches Glück. Eine ganz neue Art des Lebens gibt uns der Gewerkschaftskampf:

Erleben ist er uns. In sich fühlt jeder das Ganze seiner Brüder, und das Ganze ist die Einheit von Tausenden einer Menschenschicksal. Sein eigenes Leben gibt jeder froh dem Ganzen hin; er geht auf in der Gemeinschaft. Nicht ich, nein! Bruder sein ist sein höchstes Glück. Und dieses freudige Erleben alles Geistes nicht nur für sich, sondern auch für alle seine Brüder, macht reicher und voller auch sein eigenes Herz. Das ist der beglückende Zauber eines durchgeistigten Geistes, das Geistes zugleich Nehmen ist, ein lebendiges Fühlen seelischen Erlebens vom einzelnen auf alle und von allen auf jeden, ein ewiges steigendes Ein und Der, das jeden voller macht und alle glücklich. Auch viele außerhalb unserer Reihen mögen solche geistiges Leben anerkennen als höchstes Menschheitsziel. Gewerkschaftlich müssen sie aber kämpfen mit uns, wenn sie die praktische Voraussetzung solcher durchgeistigten Lebens erringen wollen. Nur wenn die wirtschaftlichen Vorbedingungen erfüllt sind, ist möglich das frei seelische Glück. Nicht materieller Selbstzweck ist darum der gewerkschaftliche Kampf; er ist der Boden, auf dem allein ein wahrhaft sittliches Leben erstehen kann. Die Einheit von einem und allem, die Liebe der Brüder ist unser oberstes, höchstes, letztes Ziel.

Die Ausichten unserer Volksernährung für den Winter geben Anlaß zu den verschiedensten Erörterungen in der Presse. Bestimmten sehen die Lage als sehr ungünstig an und glauben, daß wir im Winter das Schlimmste befürchten müssen. Sie gehen davon aus, daß bei den fortgesetzten Streiks unsere Lage sich nur noch verschlimmern würde. Sie glauben nicht daran, daß es möglich sein wird, noch bis zum Eintritt des Frostes genügend Kartoffeln und Getreide in die Städte zu schaffen, und daß wir dann im Winter schlimme Tage erleben müssen. Optimisten sind der gegenteiligen Ansicht. Sie gehen davon aus, daß wir eine verhältnismäßig günstige Ernte haben. Selbstverständlich behaupten, daß so wohl die Getreide- wie die Kartoffelernte eine bessere wie im vorigen Jahre ist, daß dazu Lieferungen aus dem Auslande zu erwarten sind und daß man deshalb nicht allzu trübe in die Zukunft zu sehen braucht. Beide Ansichten haben einen berechtigten und unberechtigten Kern. Wahr ist, daß unsere Ernte verhältnismäßig ausfallig ausgefallen ist. Schon im vorigen Jahre war es uns möglich, die erhöhte Prostration während des ganzen Jahres auszugleichen und bis zum neuen Erntejahr durchzuhalten. In diesem Jahre scheint das Getreide noch besser ausgefallen zu sein, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß besonders durch die abzurückenden Gebiete im Osten auch wieder ein gewisser Ausfall zu verzeichnen ist. Die Kartoffelernte ist weniger gut auszufallen. Sie ist mehrfach gut, in manchen Gegenden sogar sehr gut ausgefallen. Aber im für die Kartoffelernte maßgebenden Osten haben wir einen Ausfall zu verzeichnen. Wichtig ist auch, daß wir vornehmlich im Auslande noch Lebensmittel aufkaufen können. Der Stand unserer Vorräte genügt und jedoch nicht, soweit Lebensmittel einzuführen als wir möchten. Aber genügend Lebensmittel sind vorhanden. Befürchtungen, daß die Menge nicht reicht, braucht man kaum zu hegen. Es kommt nur darauf an, ob die Bestimmungen recht haben, daß die Transportbehörden immer größer werden und daß es deshalb nicht gelingt, die vorhandenen Lebensmittel in die Städte zu schaffen. Das scheint die Kernfrage für die Versorgung der Bevölkerung im kommenden Winter zu sein. Die Regierung tut alles, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beheben. In diesen Tagen hat Eisenbahnminister Oeser angekündigt, daß mehrere Schwellen ausfallen müssen und daß es jedoch kommen kann, daß der Personenverkehr bis auf wenige Ausnahmen eingestellt werden muß. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht allein genügen. Es wird notwendig sein, die Leistungen unserer Eisenbahn noch gewaltig zu steigern. Die Transporte von Lebensmitteln können sich in den nächsten Wochen; die Kartoffeln müssen vor dem Frost in die Städte gebracht werden; die Rüben-ernte steht vor der Tür, und es muß genügend Getreide in die Lager gebracht werden, um für den Winter Brot zu haben. Es bedarf gerade deshalb in den nächsten Tagen der Anspannung aller Kräfte, um das gezielte Ziel zu erreichen. Die Vermehrung muß dafür die Grundlage schaffen und die notwendigen Kohlen liefern. Die Eisenbahnverwaltungen müssen mit Godard tätige sein, die dort in Reparatur befindlichen Lokomotiven und Wagen möglichst schnell herauszubekommen. Die Eisenbahnarbeiter werden es in Kauf nehmen müssen, in nächster Zeit im Interesse der Bevölkerung noch intensiver als bisher zu arbeiten. Im Transportgebiete darf keine Entlassung eintreten, weil zunächst die Produkte zur Bahn und von der Bahn wieder den Dörfern und dem hausenden Publikum zu geführt werden müssen. Das natürlich auf dem Lande jeder einzelne seine Kraft beizubringen muß, um Kartoffeln und Rüben zu ernten, Getreide zu Dreschen und sonstige notwendige Arbeiten zu verrichten bedarf seiner besonderen Ermahnung. Wenn es möglich ist, die Transportbehörden zu überwinden, bekommt auch Kohlenverarbeitende Industrie wieder genügend Kohlen und Rohmaterialien, so daß Wehl, Nahrungsmittel, Karmelade, Margarine und dergleichen hergestellt werden können. Wegen aller Vorteile

rungsrichtungen sich des Erstes der Situation bewußt sein. Wenn im Winter die Versorgung und Schwierigkeiten machen würde, dann müßte sich jeder einzelne fragen, ob er diese nicht durch sein Verhalten mit verschuldet hat. Jetzt arbeitet jeder einzelne nicht nur im Gesamtinteresse, sondern für sich und für die Sicherstellung der Ernährung seiner Familie.

Der Städtetag für die Zwangswirtschaft. Der Vorstand des Deutschen Städtetages warnt die zuständigen Stellen dringend vor einem Abbau der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Augenblick. Auch er lehnt die Abschaffung herbei, aber gegenwärtig wäre sie ein Experiment, für das die jetzige Zeit ganz besonders ungeeignet ist. Die erste Folge dieses Experiments würde die Steigerung aller Preise auf die ungeheuerliche Höhe der Auslandspreise sein und die weitere ein vollständiger Zusammenbruch der Wirtschaftsführung der Verbraucher. Die Regierung ist für die Ernährung der Bevölkerung verantwortlich, und der Versuch des Landwunders, die Regierung von dem Bewußtsein dieser Verantwortung zu befreien, ist aufs tiefste zu bedauern. Unbedingt erforderlich ist im Gegenteil eine Stärkung des Verantwortungsgefühls nicht nur bei der Regierung, sondern auch in den Erzeugertreibern und an seiner Verletzung mitzuwirken, ist die Aufgabe der gesamten Volksgemeinschaft. Die Kommunen, die sich bisher mit Interesse und gern in den Dienst der öffentlichen Lebensmittelwirtschaft mit ihrer ungeteuten Bürde an Arbeit und finanziellem Risiko und Verantwortung gestellt haben, wollen diese Bürde auch gern weitertragen, aber sie können das nur, wenn die öffentliche Reichsbewirtschaftung die Grundlage ihrer Tätigkeit bleibt.

Warum streift der Arbeiter? Diese Frage war für eine englische Zeitung kürzlich das Thema eines Preisausschreibens; für die beste Antwort war ein Preis von 10 Pfund Sterling ausgesetzt. Diesen Preis erhielt der Folgende folgende Antwort: „Als Arbeiter bin ich im Besitz einer einzigen Ware, das ist meine Arbeitskraft. Ich warte mit dem Recht, diese Ware am vorteilhaftesten zu verkaufen, indem ich mich bemühe, die möglichst besten Bedingungen zu erlangen, was übrigens der kapitalistische Unternehmer auch tut, der besorgt ist, seine Erzeugnisse zum höchsten Preise zu verkaufen. Weiter ahnt ich nur die Methoden des Unternehmers nach, indem ich mich einer Gewerkschaft anschließe, die den Preis bestimmt, für welchen ich meine Arbeitskraft verkaufen kann. Wir, die Mitglieder dieser Gewerkschaft, verpflichten uns, unsere Arbeitskraft nicht unter dieser Grenze zu verkaufen. Mein Arbeitgeber bestreitet mir das Recht, diese Methode anzuwenden, obgleich er selber von ihr den ausgedehntesten Gebrauch ohne Einschränkung macht. Ich erhalte keine Erzeugnisse nicht, solange ich mich weigere, sie mit dem Preise zu bezahlen, den er mir dafür abfordert, und wenn er mir für meine Ware nicht zahlt, was ich von ihm dafür fordere, so trete ich sie ihm nicht ab: ich streike.“ Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kann man diese Antwort ohne Bedenken unterschreiben. Denn es kommt darin die gewerkschaftliche Verpflichtung zur Anerkennung und Hochhaltung gemeinsamer Richtlinien und Grundzüge ohne jeden Vorbehalt zum Ausdruck. Es ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine wirtschaftliche Begründung des Streikrechts, das, ohne irgendwie geschrieben oder gesetzlich verankert zu sein, dem gesunden Menschenverstand gerecht wird, der nicht begreifen kann, daß dem Arbeiter verwehrt sein soll, was der Unternehmer für die Wahrung seiner Interessen als selbstverständlich betrachtet. Für unsere Juristen, die sich wegen des Mangels eines öffentlich-rechtlichen Streikrechts immer noch den Kopf zerbrechen und sich bei allen diesbezüglichen Entscheidungen nicht zu helfen wissen, könnte diese preisgekürnte Antwort als Wegweiser dienen.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die großen Sozialisten. Von Friedrich Müsse. I. Owen, Fourier, Proudhon. 3. Aufl. (131 S.) Oktav. 1919. II. Saint-Simon, Pecqueur, Buchez, Vialat, Roddey, Weitling, Marx, Lassalle. 3. Aufl. (123 S.) Oktav. 1919. Aus Natur und Geistwelt. Sammlung wissenschaftlich gemeinverständlicher Darstellungen. Bd. 269 u. 270. Kart. je 1,75 Mk., geb. je 2,15 Mk. Hierzu Feuerungsbeilage des Verlages und der Buchhandlungen. Leipzig, Verlag V. G. Teubner. 1919.

Die freie Welt, Heft 22, enthält Bilder: Neue Sorgen der Bourgeoisie: bemalte Tannenbäume, Aufnahmen des Volksgarats in Obereschlesien. Sprengung der Metallarbeiterversammlungen in Berlin. Gebet der Einwohnerwehr vor der Schlacht (Karlsruhe). Karl Kauffmann im Jahre 1900. Die neue Zeitung. Gemälde von Wilhelm Leibl. Bild aus der Aufführung von Tolstois "Wandlung". Aufnahme: Verbrecherlag. — Artikel: Vom Volksgarar über Obereschlesien. — Schlußgedicht des Kapitais. — "Kautsky unser Lehrer" von Friedrich Adler. Preis pro Heft 25 Pf.

Das Biographische Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Weimar vom 10.—15. Juni 1919, ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 63, erschienen. Preis broschiert 7,50 Mk., gebunden 9.— Mk.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter W. Schmidt, verantwortlich Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 57, Unterfeldstr. 24
 Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin W. 59, Unterfeldstr. 2

In Kürze erscheint:
Die Tarif-Verträge
 in gemeinnützigen Betrieben.

510 Seiten Hart.
 Die Schrift hat ihre besondere Bedeutung darin, daß sie einen Ueberblick über die ersten Erfolge der Arbeiter in ihrer Tarifbewegung dieses Jahres gibt. Sie enthält den Wortlaut der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bis zum August abgeschlossenen Tarifverträge und Lohnsafen. Außerdem sind darin enthalten: Die einschlägigen Bestimmungen aus der Regierungsvorordnung vom 21. Dezember 1918, der Vertragssenkung des Verbandsvorstandes, sowie die Richtlinien für Tarifverträge und die Grundzüge für die Einrichtung eines gemeinnützigen Zentralausschusses, welche zwischen dem Deutschen Städtetage und dem Verbandsvorstand vereinbart worden sind. Das Buch wird also allgemeines Interesse beanspruchen dürfen.
 Preis für Mitglieder 5.— Mk.,
 für Nichtmitglieder 12,50 Mk.

Zelbverlag des Verbandsvorstandes
 Berlin W. 57, Unterfeldstr. 24.

Ortsverwaltung Groß-Berlin.
 Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 3., 4., 5., 6. November im **Reinhard-Hof-Theater** für unsere Mitglieder das soziale Drama
„Das Gesetz“

zur Aufführung gelangt. — Einfache Karten 2.— Mk., Doppelparten 4.— Mk. sind durch die Kasse der Ortsverwaltung erhältlich. Die Ortsverwaltung.

Filiale Freiburg i. B.
 sucht zum sofortigen Antritt einen
Ortsbeamten.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft sein, in ähnlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengehäfte befähigt sein.
 Dem Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf, sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen.
 Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 8. November einzureichen an Hans Schloffer, Freiburg i. B., Erwinstr. 17.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|---|
| Karl Heinrich Bergert, Chemnitz
Arbeiter
+ 19. 9. 1919, 52 Jahre alt. | Heinrich Jammer, Hamburg
Bauarbeiter
+ 30. 9. 1919, 70 Jahre alt. |
| Bernhard Eckardt, Dortmund
Aufseher der Stadtmüllerei
+ 25. 9. 1919, 30 Jahre alt. | Karl Krauth, Cahr i. Baden
Keldbeiter
+ 6. 10. 1919, 44 Jahre alt. |
| Theodor Friliching, Leipzig
Anwalde
+ 8. 10. 1919, 47 Jahre alt. | Anton Maile, Ulm a. D.
+ 13. 10. 1919, 21 Jahre alt. |
| W. Gärtner, Frankfurt a. M.
Manufaktur
+ 13. 8. 1919, 35 Jahre alt. | Johann Minnmann, Rottbad
Arbeiter
+ 6. 10. 1919, 63 Jahre alt. |
| Otto Gründler, Leipzig
Gasarbeiter
+ 3. 10. 1919, 44 Jahre alt. | Wilhelm Riedel, Breslau
Müller
+ 5. 10. 1919, 65 Jahre alt. |
| Johann Geuß, Pforzheim
Zickbunarbeiter
+ 11. 10. 1919, 58 Jahre alt. | Hannchen Ricken, Rültingen
Arbeiterin
+ 28. 9. 1919, 19 Jahre alt. |
| Anna Genthner, Berlin
+ 13. 10. 1919, 21 Jahre alt. | August Schätzitz, Breslau
Arbeiter
+ 28. 9. 1919, 61 Jahre alt. |
| Ch. Günther, Wernigerode a. H.
Stadt. Arbeiter
+ 3. 10. 1919, 49 Jahre alt. | Friedrich Schulz, Hamburg
Stein- und Glasarbeiter
+ 5. 10. 1919, 50 Jahre alt. |
| Josef Hein, Würzburg
Stadt. Arbeiter
+ 8. 10. 1919, 61 Jahre alt. | Friedrich Sitzer, Wittenberge
Bauarbeiter
+ 18. 8. 1919, 52 Jahre alt. |
| Amandus Heinrich, Hamburg
Müllschmitt
+ 2. 10. 1919, 48 Jahre alt. | Carl Sturz, Hamburg
Zahnmaschinen
+ 6. 10. 1919, 41 Jahre alt. |
| H. Hoffmann, Nied.-Schönwede
+ 30. 9. 1919, 47 Jahre alt. | Carl Wegner, Hamburg
Schlichter
+ 9. 9. 1919, 70 Jahre alt. |
| Franz Hoppe, Berlin
+ 11. 10. 1919, 52 Jahre alt. | |

Ehre ihrem Andenken!